

**Testatsexemplar**

**Jahresabschluss zum  
31. Dezember 2021**

Pentracor GmbH  
Hennigsdorf

Die vorliegende PDF-Datei haben wir im Auftrag unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Tätigkeit darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit dieser in Dateiform überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich dieser Bericht ausschließlich an den Auftraggeber und seine Organe richtet. Unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - bemisst sich alleine nach den mit dem Mandanten geschlossenen Auftragsbedingungen.

## INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

1. Bilanz zum 31. Dezember 2021
2. Gewinn- und Verlustrechnung für 2021
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2021

Besondere Auftragsbedingungen

Allgemeine Auftragsbedingungen

**Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

An die Pentracor GmbH, Hennigsdorf

**Prüfungsurteil**

Wir haben den Jahresabschluss der Pentracor GmbH, Hennigsdorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

**Grundlage für das Prüfungsurteil**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

**Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit**

Wir verweisen auf die Angaben im Anhang, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass, sollten die Umsätze und das Ergebnis der Gesellschaft signifikant hinter den Erwartungen der mittelfristigen Unternehmensplanung zurückbleiben beziehungsweise nicht bis 2025 ausreichend Cashflow zur Bedienung der Anleihe generiert werden können, die Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigt beziehungsweise deren Fortbestand gefährdet wäre, soweit es nicht gelänge, Kosten in ausreichender Höhe einzusparen beziehungsweise weitere Kapitalmaßnahmen umzusetzen.

Dies deutet auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt. Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Beirats für den Jahresabschluss**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Beirat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, 16. Juni 2022

Mazars GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft



Udo Heckeler  
Wirtschaftsprüfer



Dirk Schulz  
Wirtschaftsprüfer

## Pentracor GmbH, Hennigsdorf

## B I L A N Z zum 31. Dezember 2021

A K T I V A				Vorjahr	P A S S I V A				Vorjahr
	€	€	€	T€		€	€	T€	
<b>A. Anlagevermögen</b>					<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	90.181,00		78	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		10.618,00		12	II. Kapitalrücklage	11.111.968,59		8.669	
II. Sachanlagen					III. Verlustvortrag	-16.027.662,67		-10.841	
1. Technische Anlagen und Maschinen	217.394,00			127	IV. Jahresfehlbetrag	-3.797.756,27		-5.186	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	568.100,00			349	V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>8.623.269,35</u>		7.280	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>201.913,98</u>			9			0,00	(0)	
		987.407,98		(485)	<b>B. Rückstellungen</b>				
III. Finanzanlagen		<u>104,00</u>		0	1. Steuerrückstellungen	19.235,60		0	
			998.129,98	(497)	2. Sonstige Rückstellungen	<u>566.107,51</u>		466	
							585.343,11	(466)	
<b>B. Umlaufvermögen</b>					<b>C. Verbindlichkeiten</b>				
I. Vorräte					1. Anleihen	15.886.800,00		15.887	
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	191.351,89			157	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495.892,09		635	
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	1.158.445,68			624	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.983,53		189	
3. Geleistete Anzahlungen	<u>198.909,12</u>			0	4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>706.835,20</u>		3.125	
		1.548.706,69		(781)	davon		17.236.510,82	(19.836)	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					- aus Steuern: € 36.950,44 (Vorjahr: T€ 32)				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	120.475,60			26	- im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 3.951,95 (Vorjahr: T€ 6)				
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>120.380,72</u>			112	- gegenüber Gesellschaftern: € 0,00 (Vorjahr: T€ 2.326)				
		240.856,32		(138)					
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>4.587.493,39</u>		9.260					
			6.377.056,40	(10.179)					
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			1.823.398,20	2.345					
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>			8.623.269,35	7.281					
			<u>17.821.853,93</u>	<u>20.302</u>					
							<u>17.821.853,93</u>	<u>20.302</u>	



## Pentracor GmbH, Hennigsdorf

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für 2021

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse		1.448.172,00	348
2. Erhöhung des Bestands an fertigen Erzeugnissen		439.921,01	153
3. Sonstige betriebliche Erträge		143.566,16	62
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-327.907,05		-110
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-54.676,16</u>		-56
		-382.583,21	(-166)
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.855.375,25		-1.492
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-391.511,35</u>		-249
- davon für Altersversorgung: € 3.490,00 (Vorjahr: T€ 3)		-2.246.886,60	(-1.741)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-141.418,55	-82
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.368.041,95	-2.635
- davon aus Währungsumrechnung: € 865,85 (Vorjahr: T€ 0)			
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		18.137,42	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-1.708.457,47	-1.125
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: € 2.179,05 (Vorjahr: T€ 3)			
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag		<u>-1,08</u>	<u>0</u>
11. <u>Ergebnis nach Steuern</u>		-3.797.592,27	-5.186
12. Sonstige Steuern		<u>-164,00</u>	<u>0</u>
13. <u>Jahresfehlbetrag</u>		<u><u>-3.797.756,27</u></u>	<u><u>-5.186</u></u>



## Anhang für das Geschäftsjahr 2021

### Allgemeines

Die Pentracor GmbH („Pentracor“) hat ihren Sitz in 16761 Hennigsdorf und ist eingetragen in das Handelsregister Neuruppin HRB 9050 NP.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des GmbH-Gesetzes (GmbHG).

Die Gesellschaft ist nach den Größenkriterien des § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft stellt den Jahresabschluss freiwillig unter Beachtung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen auf. Von der Erstellung eines Lageberichts wird abgesehen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

### Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

**Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Zugänge werden entsprechend ihrer jeweiligen Nutzungsdauer linear, pro rata temporis, abgeschrieben. Die Nutzungsdauer bei den immateriellen Vermögensgegenständen beträgt zwischen 3 und 15 Jahren.

Das **Sachanlagevermögen** wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Bei den Betriebsvorrichtungen wurden Vermieterzuschüsse als Minderung der Anschaffungskosten berücksichtigt. Die Zugänge werden entsprechend ihrer jeweiligen Nutzungsdauer linear, pro rata temporis, abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt zwischen 3 und 14 Jahren.

**Geringwertige Wirtschaftsgüter** zwischen € 150,00 und € 1.000,00 wurden bis Wirtschaftsjahr 2017 in einem Pool zusammengefasst und entsprechend § 6 Abs. 2a EStG über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Seit Wirtschaftsjahr 2018 werden Wirtschaftsgüter zwischen € 250,00 und € 800,00 im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bestände des Vorratsvermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden Wert bewertet. Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt zu den Einstandspreisen.

Die Bewertung der **fertigen Erzeugnisse** erfolgt zu Herstellungskosten. Die Herstellungskosten beinhalten die Materialkosten, die Fertigungskosten, angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit durch die Fertigung veranlasst. Zudem werden angemessene Teile der Kosten der allgemeinen Verwaltung sowie angemessene Aufwendungen für freiwillige soziale Leistungen und für die betriebliche Altersversorgung einbezogen, soweit diese auf den Zeitraum der Herstellung entfallen.

Zinsen für Fremdkapital werden nicht in die Ermittlung der Herstellungskosten einbezogen.

Sofern Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird auf den geringeren beizulegenden Wert beschrieben.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert, **Guthaben bei Kreditinstituten** mit dem Nominalwert angesetzt.

Der **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** (Agio) wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem Ausgabebetrag ausgewiesen und durch planmäßige jährliche Auflösungen über die Laufzeit getilgt.

Bei den **aktiven latenten Steuern** wird von dem Ansatzwahlrecht für einen sich ergebenden aktiven Überhang nach § 274 Abs. 1. S. 2 HGB nicht Gebrauch gemacht. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf unterschiedlichen Wertansätzen bei den sonstigen Rückstellungen. Die Bewertung erfolgt mit einem Steuersatz für Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag von 30 %.

Das **Gezeichnete Kapital** sowie die **Kapitalrücklage** werden zum Nennwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die **Rückstellungen** mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag passiviert worden.

### **Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung**

#### **Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem nachfolgenden Anlagenspiegel.



## Anlagenspiegel zum 31.12.2021

	<u>Anschaffungs- und Herstellungskosten</u>				<u>Abschreibungen</u>				<u>Buchwert 31.12.2021</u> €	<u>Buchwert 31.12.2020</u> €	
	<u>01.01.2021</u> €	<u>Zugänge</u> €	<u>Abgänge</u> €	<u>Umbuchungen</u>	<u>31.12.2021</u> €	<u>01.01.2021</u> €	<u>Abschreibung lfd. Jahr</u> €	<u>Abgänge</u> €			<u>31.12.2021</u> €
<u>immaterielle Vermögensgegenstände</u>											
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	121.853,11	817,00	0,00	0,00	122.670,11	110.036,11	2.016,00	0,00	112.052,11	10.618,00	11.817,00
<u>Sachanlagen</u>											
technische Anlagen und Maschinen	342.000,46	59.038,61	0,00	63.000,00	464.039,07	214.857,46	31.787,61	0,00	246.645,07	217.394,00	127.143,00
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	563.155,34	303.387,39	202,16	23.105,50	889.446,07	213.933,29	107.614,93	202,15	321.346,07	568.100,00	349.222,05
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.602,25	279.417,23	0,00	-86.105,50	201.913,98	0,00	0,00	0,00	0,00	201.913,98	8.602,25
	913.758,05	641.843,23	202,16	0,00	1.555.399,12	428.790,75	139.402,54	202,15	567.991,14	987.407,98	484.967,30
<u>Finanzanlagen</u>											
Genossenschaftsanteile	104,00	0,00	0,00	0,00	104,00	0,00	0,00	0,00	0,00	104,00	104,00
	1.035.715,16	642.660,23	202,16	0,00	1.678.173,23	538.826,86	141.418,54	202,15	680.043,25	998.129,98	496.888,30



## Umlaufvermögen

Die Vorräte beinhalten fertige Erzeugnisse, Waren, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie geleistete Anzahlungen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Kauttionen in Höhe von T€ 33 (Vorjahr: T€ 36), eine Forderung aus Fördermittelzusagen in Höhe von T€ 32 (Vorjahr: T€ 18) sowie Forderungen gegen das Finanzamt in Höhe von T€ 44 (Vorjahr: T€ 58).

Die bilanzierten Mietkauttionen (T€ 28) haben eine Laufzeit von über einem Jahr.

## Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet ein Agio aus der Rückzahlungsverpflichtung der Pentracor-Anleihe i.H.v. T€ 1.809 (Vorjahr: T€ 2.339). Es wird rätierlich über die Laufzeit der Anleihe aufgelöst.

## Eigenkapital

Die mit Vertrag vom 23. Juli 2019 herausgegebene Wandelschuldanleihe („CSPA 2019“) in Höhe von T€ 2.168 nebst aufgelaufenen Zinsen in Höhe von T€ 275 wurde gemäß Beteiligungsvereinbarung vom 12. März 2021, UR 190/2021 des Notars, Alexander Kollmorgen, Berlin, in Eigenkapital umgewandelt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 20. Mai 2021. Zum Bilanzstichtag waren die Einzahlungen aus Stammkapitalerhöhung in voller Höhe erbracht.

Der Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag in Höhe von T€ 8.623 (Vorjahr: T€ 7.281) resultiert aus Verlustvorträgen und dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres, die das Eigenkapital der Gesellschaft übersteigen.

## Sonstige Rückstellungen

Die Gesellschaft hat sich im Rahmen eines bestehenden Mietvertrages zum Rückbau der von ihr durchgeführten Umbaumaßnahmen verpflichtet. Die voraussichtlichen Aufwendungen werden hierfür T€ 280 betragen. Unter Beachtung von künftigen Preissteigerungen sowie der Diskontierung der Verpflichtung über die Restlaufzeit, wurden im Jahre 2021 T€ 27 in die Sonstigen Rückstellungen zugeführt.

Die Sonstigen Rückstellungen betreffen u. a. Personalrückstellungen in Höhe von T€ 121, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen von T€ 103 sowie Rückstellungen für Abschlussarbeiten und Steuerdeklaration von T€ 18. Zwischen einem Lieferanten und der Gesellschaft besteht Uneinigkeit über die Höhe der Vergütung einer erbrachten Leistung. Aus Vorsichtsgründen wurde eine Rückstellung von T€ 103 erfasst. Die abschließende Klärung des Sachverhalts soll im Jahr 2022 erfolgen.

## Anleihen

Die Pentracor hat mit Datum vom 29. Mai 2020 unter der ISIN: DE000A289XB9 (WKN: A289XB) eine Inhaberschuldverschreibung („Anleihe“) am Open Market (Freiverkehr) an der Frankfurter Wertpapierbörse herausgegeben. Das Emissionsvolumen betrug bis zu T€ 15.000. Die Verzinsung liegt bei 8,5 % p.a. Die Laufzeit beträgt 5 Jahre und die Rückzahlung erfolgt zu 120 % des Nennbetrages.

Unter Berücksichtigung der Rückzahlungsverpflichtung zu 120 % des Nennbetrages beträgt das bilanzierte Anleihevolumen T€ 15.887.

### Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 496 (Vorjahr: T€ 635) beinhalten im Wesentlichen ein Darlehen der Investitionsbank des Landes Brandenburg. Das Darlehen hat eine Laufzeit von zehn Jahren. Das Darlehen ist in Halbjahresraten in Höhe von T€ 70 seit dem 30. Juni 2019 zurückzuzahlen.

### Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 147 haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die Gesellschaft hatte mit Vertrag vom 23. Juli 2019 eine Wandelschuldanleihe („CSPA 2019“) in Höhe von T€ 1.400 herausgegeben. Im Rahmen von Zusatzvereinbarungen und Erweiterungen aus 2019 und 2020 wurde die Wandelschuldanleihe um insgesamt T€ 768 erhöht und die entsprechenden Beträge eingezahlt. Die Wandlung wurde im Rahmen der Kapitalerhöhung am 12. März 2021 vollzogen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten die Zinsverbindlichkeiten der Pentracor-Anleihe in Höhe von T€ 666, die Lohnsteuer Dezember 2021 in Höhe von T€ 16, Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuern in Höhe von T€ 21 sowie Verbindlichkeiten aus Sozialversicherungsbeiträgen für Dezember 2021 in Höhe von T€ 4.

### Fristigkeiten der Verbindlichkeiten

In T€	31.12.2021	Bis 1 Jahr	Über 1 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Anleihen	15.887	0	15.887	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	496	141	355	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	147	147	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	707	707	0	0
- Davon gegenüber Gesellschaftern	0	0	0	0

## Jahresabschluss 2021 der Pentracor GmbH

**Umsatzerlöse**

## Umsatz nach Kategorie

	2021	2020
	T€	T€
Produktverkäufe	1.343	347
Dienstleistungen	<u>105</u>	<u>1</u>
	<u>1.448</u>	<u>348</u>

## Umsatz nach Regionen

	2021	2020
	T€	T€
Deutschland	1.448	262
International	<u>0</u>	<u>86</u>
	<u>1.448</u>	<u>348</u>

**Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten unter anderem T€ 17 periodenfremde Aufwendungen. Im Wesentlichen handelt es sich um Beratungsleistungen für Vorjahre.

Die Aufwendungen für klinische Studien und weitere Entwicklungsleistungen betragen T€ 344 (Vorjahr: T€ 272).

**Zinsaufwendungen**

Die Zinsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Pentracor-Anleihe von T€ 1.655 und Zinsen aus dem CSPA 2019 von T€ 30.

Des Weiteren beinhalten die Zinsaufwendungen T€ 2 für die Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen sowie T€ 21 für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.



## **Sonstige Angaben**

### **Mitarbeiter**

Die Gesellschaft hat zum Stichtag 38 Mitarbeiter (Vorjahr: 34), davon 20 weibliche und 18 männliche Mitarbeiter. Im Jahresdurchschnitt hatte die Gesellschaft 37 Mitarbeiter.

### **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind, beträgt T€ 532. Diese betreffen mehrjährige Verpflichtungen aus Mietverträgen i.H.v. T€ 214 sowie Bestellobligos i.H.v. T€ 318.

### **Honorar des Abschlussprüfers**

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB beträgt für die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 T€ 12. Weitere Dienstleistungen wurden im Jahr 2021 nicht erbracht.

### **Geschäftsführung**

Zum Geschäftsführer der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021 Herr Dr. Ahmed Sheriff, Berlin, bestellt.

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Alleinvertretungsbefugnis kann erteilt werden.

Von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

### **Beirat**

Der Gesellschaftervertrag sieht die Gründung eines Beirats vor. Dieser hat sich im Geschäftsjahr 2012 konstituiert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 saßen folgende Mitglieder im Beirat:

- Dr. Bernd Wegener (Vorsitzender), Beruf: Dr. med. vet., Jurist, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V.
- Dr. Rudolf Kunze, Beruf: Biologe
- Thomas Krause, Prokurist, BFB Brandenburg Kapital GmbH
- Prof. Dr. rer. nat. Roderich Süßmuth, Institut für Chemie der Technischen Universität Berlin

Im aktuellen Geschäftsjahr 2021 wurde keine Vergütung an den Beirat geleistet.





### **Going-Concern**

Das aktuelle Geschäftsjahr war wesentlich durch hohe Kosten für die Produktvermarktung und den damit zusammenhängenden Ausbau des Vertriebs belastet.

Zum Stichtag weist die Gesellschaft einen Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von T€ 8.623 aus.

Vor dem Hintergrund der geplanten hohen Entwicklungs- und Markteintrittskosten ist für das Folgejahr mit einem Jahresfehlbetrag und einem negativen Cashflow zu rechnen. Die Gesellschaft verfügt per Ende Mai 2022 über ausreichende Liquidität, um den Fortbestand des Unternehmens mindestens über die kommenden zwölf Monate zu gewährleisten. Die weitere Entwicklung ist vom Vermarktungserfolg und der Generierung hinreichender Umsatzerlöse abhängig.

Unter Abwägung aller Aspekte und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen kommt die Geschäftsführung zu einer positiven Fortführungsprognose. Sollte jedoch von den Planungsprämissen hinsichtlich der Umsatzerlöse und Kosten im Wesentlichen abgewichen werden beziehungsweise nicht bis 2025 ausreichend Cashflow generiert werden können, um die bestehende Anleihe zurückzuführen, wäre die Aufnahme weiterer Finanzierungsmittel für den Fortbestand der Gesellschaft erforderlich.

### **Ergebnisverwendung**

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres in Höhe von € 3.797.756,27 wird zusammen mit dem Verlustvortrag zum 31. Dezember 2020 in Höhe von € 16.027.662,67 auf neue Rechnung vorge tragen.

Hennigsdorf, 14.06.2022

Die Geschäftsführung

# Besondere Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungs- nahe Leistungen

## der Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stand: 1. Juni 2019

### Präambel

Diese Auftragsbedingungen der Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft („Mazars KG“) ergänzen und konkretisieren die vom Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. herausgegebenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (in der dem Auftragsbestätigungs-/Angebotschreiben beigefügten Fassung) und sind diesen gegenüber vorrangig anzuwenden. Sie gelten nachrangig zu einem Auftragsbestätigungs-/Angebotsschreiben. Das Auftragsbestätigungs-/Angebotsschreiben zusammen mit allen Anlagen bildet die „Sämtlichen Auftragsbedingungen“.

### A. Ergänzende Bestimmungen für Abschlussprüfungen nach § 317 HGB und vergleichbare Prüfungen nach nationalen und internationalen Prüfungsgrundsätzen

Die Mazars KG wird die Prüfung gemäß § 317 HGB und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung („GoA“) durchführen. Dem entsprechend wird die Mazars KG die Prüfung unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung so planen und anlegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf den Prüfungsgegenstand laut Auftragsbestätigungsschreiben wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Mazars KG wird alle Prüfungshandlungen durchführen, die sie den Umständen entsprechend für die Beurteilung als notwendig erachtet und prüfen, in welcher Form der in § 322 HGB resp. den GoA vorgesehene Vermerk zum Prüfungsgegenstand erteilt werden kann. Über die Prüfung des Prüfungsgegenstands wird die Mazars KG in beruflichem Umfang berichten. Um Art, Zeit und Umfang der einzelnen Prüfungshandlungen in zweckmäßiger Weise festzulegen, wird die Mazars KG, soweit sie es für erforderlich hält, das System der rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen prüfen und beurteilen, insbesondere soweit es der Sicherung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung dient. Wie berufsüblich, wird die Mazars KG die Prüfungshandlungen in Stichproben durchführen, sodass ein unvermeidliches Risiko besteht, dass auch bei pflichtgemäß durchgeführter Prüfung selbst wesentliche falsche Angaben unentdeckt bleiben können. Daher werden z.B. Unterschlagungen und andere Unregelmäßigkeiten durch die Prüfung nicht notwendigerweise aufgedeckt. Die Mazars KG weist darauf hin, dass die Prüfung in ihrer Zielsetzung nicht auf die Aufdeckung von Unterschlagungen und anderen Unregelmäßigkeiten, die nicht die Übereinstimmung des Prüfungsgegenstands mit den maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen betreffen, ausgerichtet ist. Sollte die Mazars KG jedoch im Rahmen der Prüfung derartige Sachverhalte feststellen, wird dem Auftraggeber der Mazars KG („Auftraggeber“) dies unverzüglich zur Kenntnis gebracht.

Vorstehende Ausführungen zu Prüfungszielen und -methoden gelten für andere Prüfungen nach nationalen oder internationalen Prüfungsgrundsätzen sinngemäß.

Es ist Aufgabe der gesetzlichen Vertreter des Auftraggebers, wesentliche Fehler im Prüfungsgegenstand zu korrigieren und uns gegenüber in der Vollständigkeitserklärung zu bestätigen, dass die Auswirkungen etwaiger nicht korrigierter Fehler, die von uns während des aktuellen Auftrags festgestellt wurden, sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit für den Prüfungsgegenstand unwesentlich sind.

### B. Auftragsverhältnis

Unter Umständen werden der Mazars KG im Rahmen des Auftrages und zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange des Auftraggebers unmittelbar mit diesem zusammenhängende Dokumente, die rechtliche Relevanz haben, zur Verfügung gestellt. Die Mazars KG stellt ausdrücklich klar, dass sie weder eine Verpflichtung zur rechtlichen Beratung bzw. Überprüfung hat, noch dass dieser Auftrag eine allgemeine Rechtsberatung beinhaltet; daher hat der Auftraggeber auch eventuell im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Auftrages von der Mazars KG zur Verfügung gestellte Musterformulierungen zur abschließenden juristischen Prüfung seinem verantwortlichen Rechtsberater vorzulegen. Der Auftraggeber ist verantwortlich für sämtliche Geschäftsführungsentscheidungen im Zusammenhang mit den Leistungen der Mazars KG sowie die Verwendung der Ergebnisse der Leistungen und die Entscheidung darüber, inwieweit die Leistungen der Mazars KG für eigene interne Zwecke des Auftraggebers geeignet sind.

### C. Informationszugang

Es liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Auftraggebers, der Mazars KG einen uneingeschränkten Zugang zu den für den Auftrag erforderlichen Aufzeichnungen, Schriftstücken und sonstigen Informationen zu gewährleisten. Das Gleiche gilt für die Vorlage zusätzlicher Informationen (z.B. Geschäftsbericht, Feststellungen hinsichtlich der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG), die vom Auftraggeber zusammen mit dem Abschluss sowie ggf. dem zugehörigen Lagebericht veröffentlicht werden. Der Auftraggeber, wird diese rechtzeitig vor Erteilung des Bestätigungsvermerks bzw. unverzüglich sobald sie vorliegen, zugänglich machen. Sämtliche Informationen, die der Mazars KG vom Auftraggeber oder in seinem Auftrag zur Verfügung gestellt werden („Auftraggeberinformationen“), müssen vollständig sein.

### D. Hinzuziehung von Mazars-Mitgliedern und Dritten

Die Mazars KG ist berechtigt, Teile der Leistungen an andere Mitglieder des weltweiten Netzwerks der Mazars-Gesellschaften („Mazars-Mitglieder“) oder sonstige Dienstleister als Unterauftragnehmer zu vergeben, die direkt mit dem Auftraggeber in Kontakt treten können. Unabhängig davon verbleiben die Verantwortlichkeit für die Arbeitsergebnisse aus dem Auftrag, die Erbringung der Leistungen und die sonstigen sich aus dem Auftragsbestätigungsschreiben resultierenden Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber ausschließlich bei der Mazars KG.

Der Auftraggeber ist daher nicht dazu berechtigt, vertragliche Ansprüche oder Verfahren im Zusammenhang mit den Leistungen oder generell auf der Grundlage des Auftragsbestätigungsschreibens gegen ein anderes Mazars-Mitglied oder dessen Unterauftragnehmer, Mitglieder, Anteilseigner, Geschäftsführungsmitglieder, Partner oder Mitarbeiter („Mazars-Personen“) oder Mazars Personen der Mazars KG geltend zu machen bzw. anzustrengen. Der Auftraggeber verpflichtet sich somit, vertragliche Ansprüche ausschließlich der Mazars KG gegenüber geltend zu machen bzw. Verfahren nur gegenüber der Mazars KG anzustrengen. Mazars-Mitglieder und Mazars-Personen sind berechtigt, sich hierauf zu berufen.

In Einklang mit geltendem Recht ist die Mazars KG berechtigt, zum Zwecke

- der Erbringung der Leistungen der Mazars KG,
- der Einhaltung berufsrechtlicher sowie regulatorischer Vorschriften,
- der Prüfung von Interessenkonflikten,
- des Risikomanagements sowie der Qualitätssicherung,
- der internen Rechnungslegung, sowie der Erbringung anderer administrativer und IT-Unterstützungsleistungen

(Lit. (a)-(e) zusammen „Verarbeitungszwecke“), Auftraggeberinformationen an andere Mazars-Mitglieder, Mazars-Personen und externe Dienstleister der Mazars KG („Dienstleister“) weiterzugeben, die solche Daten in den verschiedenen Jurisdiktionen, in

denen sie tätig sind (eine Aufstellung der Standorte der Mazars-Mitglieder ist unter [www.mazars.com](http://www.mazars.com) abrufbar), erheben, verwenden, übertragen, speichern oder anderweitig verarbeiten können (zusammen „*verarbeiten*“).

Die Mazars KG ist dem Auftraggeber gegenüber für die Sicherstellung der Vertraulichkeit der Auftraggeberinformationen verantwortlich, unabhängig davon, von wem diese im Auftrag der Mazars KG verarbeitet werden.

#### **E. Mündliche Auskünfte**

Soweit der Auftraggeber beabsichtigt, eine Entscheidung oder sonstige wirtschaftliche Disposition auf Grundlage von Informationen und/oder Beratung zu treffen, welche die Mazars KG dem Auftraggeber mündlich erteilt hat, so ist der Auftraggeber verpflichtet, entweder (a) die Mazars KG rechtzeitig vor einer solchen Entscheidung zu informieren und sie zu bitten, das Verständnis des Auftraggebers über solche Informationen und/oder Beratung schriftlich zu bestätigen oder (b) in Kenntnis des oben genannten Risikos einer solchen mündlich erteilten Information und/oder Beratung jene Entscheidung in eigenem Ermessen und in alleiniger Verantwortung zu treffen.

#### **F. Entwurfss Fassungen der Mazars KG**

Entwurfss Fassungen eines Arbeitsergebnisses dienen lediglich den internen Zwecken der Mazars KG und/oder der Abstimmung mit dem Auftraggeber und stellen demzufolge nur eine Vorstufe des Arbeitsergebnisses dar und sind weder final noch verbindlich und erfordern eine weitere Durchsicht. Die Mazars KG ist nicht dazu verpflichtet, ein finales Arbeitsergebnis im Hinblick auf Umstände, die ihr seit dem im Arbeitsergebnis benannten Zeitpunkt des Abschlusses der Tätigkeit oder, in Ermangelung eines solchen Zeitpunkts, der Auslieferung des Arbeitsergebnisses zur Kenntnis gelangt sind oder eingetreten sind, zu aktualisieren. Dies gilt dann nicht, wenn die Mazars KG aufgrund der Natur der Leistungen dazu verpflichtet ist.

#### **G. Freistellung und Haftung**

Der Auftraggeber ist dazu verpflichtet, die Mazars KG von allen Ansprüchen Dritter (einschließlich verbundener Unternehmen) sowie daraus folgenden Verpflichtungen, Schäden, Kosten und Aufwendungen (insbesondere angemessene externe Anwaltskosten) freizustellen, die aus der Verwendung des Arbeitsergebnisses durch Dritte resultieren, sofern die Weitergabe direkt oder indirekt durch den Auftraggeber oder auf seine Veranlassung hin erfolgt ist. Diese Verpflichtung besteht nicht in dem Umfang, wie die Mazars KG sich ausdrücklich schriftlich damit einverstanden erklärt hat, dass der Dritte auf das Arbeitsergebnis vertrauen darf.

Bzgl. der Haftung für das zugrundeliegende Auftragsverhältnis gilt Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen sowie die gesetzliche Haftungsbeschränkung nach § 323 Abs. 2 HGB. Sollten sich im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis Ansprüche aus Nebenleistungen zur gesetzlichen oder freiwilligen Abschlussprüfung oder anderer von uns erbrachten Prüfungsleistungen ergeben, so ist unsere Haftung für solche Nebenleistungen auf EUR 4 Mio. begrenzt.

#### **H. Elektronische Datenversendung (E-Mail)**

Den Parteien ist die Verwendung elektronischer Medien zum Austausch und zur Übermittlung von Informationen gestattet und diese Form der Kommunikation stellt als solche keinen Bruch von etwaigen Verschwiegenheitspflichten dar. Den Parteien ist bewusst, dass die elektronische Übermittlung von Informationen (insbesondere per E-Mail) Risiken (z.B. unberechtigter Zugriff Dritter) birgt.

Jegliche Änderung der von der Mazars KG auf elektronischem Wege übersandten Dokumente ebenso wie jede Weitergabe von

solchen Dokumenten auf elektronischem Wege an Dritte darf nur nach schriftlicher Zustimmung der Mazars KG erfolgen.

Die Übermittlung Personenbezogener Daten unterliegt den Datenschutzregelungen von Mazars, die unter <https://www.mazars.de/Datenschutz> abrufbar sind. Die Mazars KG verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit geltendem Recht und berufsrechtlichen Vorschriften, insbesondere unter Beachtung der nationalen (BDSG) und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz. Die Mazars KG verpflichtet Dienstleister, die im Auftrag der Mazars KG personenbezogene Daten verarbeiten, sich ebenfalls an diese Bestimmungen zu halten.

#### **I. Vollständigkeitserklärung**

Die seitens Mazars KG von den gesetzlichen Vertretern erbetene Vollständigkeitserklärung umfasst gegebenenfalls auch die Bestätigung, dass die in einer Anlage zur Vollständigkeitserklärung zusammengefassten Auswirkungen von nicht korrigierten falschen Angaben im Prüfungsgegenstand sowohl einzeln als auch insgesamt unwesentlich sind.

#### **J. Geltungsbereich**

Die in den Sämtlichen Auftragsbedingungen enthaltenen Regelungen – einschließlich der Regelung zur Haftung – finden auch auf alle künftigen, vom Auftraggeber erteilten sonstigen Aufträge entsprechend Anwendung, soweit nicht jeweils gesonderte Vereinbarungen getroffen werden bzw. über einen Rahmenvertrag erfasst werden oder soweit für die Mazars KG verbindliche in- oder ausländische gesetzliche oder behördliche Erfordernisse einzelnen Regelungen zu Gunsten des Auftraggebers entgegenstehen.

Für Leistungen der Mazars KG gelten ausschließlich die Bedingungen der Sämtlichen Auftragsbedingungen; andere Bedingungen werden nicht Vertragsinhalt, wenn der Auftraggeber diese mit der Mazars KG im Einzelnen nicht ausdrücklich schriftlich vereinbart hat. Allgemeine Einkaufsbedingungen, auf die im Rahmen automatisierter Bestellungen Bezug genommen wird, gelten auch dann nicht als einbezogen, wenn die Mazars KG diesen nicht ausdrücklich widerspricht oder die Mazars KG mit der Erbringung der Leistungen vorbehaltlos beginnt.

#### **K. Anwendbares Recht / Gerichtsstand**

Für die Auftragsdurchführung sind die von den maßgeblichen deutschen berufsständischen Organisationen (Wirtschaftsprüferkammer, Institut der Wirtschaftsprüfer e. V., Steuerberaterkammern) entwickelten und verabschiedeten Berufsgrundsätze, soweit sie für den Auftrag im Einzelfall anwendbar sind, bestimmend.

Auf das Auftragsverhältnis und auf sämtliche hieraus oder aufgrund der Erbringung der darin vereinbarten Leistungen resultierenden außervertraglichen Angelegenheiten oder Verpflichtungen findet deutsches Recht Anwendung.

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle in Verbindung mit dem Auftrag oder den darunter erbrachten Leistungen entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist der jeweilige Standort der auftragnehmenden Niederlassung, oder nach Wahl der Mazars KG, (i) das Gericht, bei dem die mit der Erbringung der Leistungen schwerpunktmäßig befasste Niederlassung der Mazars KG ihren Sitz hat oder (ii) die Gerichte an dem Ort, an dem der Auftraggeber seinen Sitz hat.

#### **L. Datenschutz**

Für die unter Lit. D genannten Verarbeitungszwecke sind die Mazars KG und andere Mazars-Mitglieder, Mazars-Personen und Dienstleister dazu berechtigt, Auftraggeberinformationen, die bestimmten Personen zugeordnet werden können („Personenbezogene Daten“), in den verschiedenen Jurisdiktionen, in denen diese tätig sind, zu verarbeiten.

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

#### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

#### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.